

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #06/11

12. Februar 2011

Die Fragen stellte Christin Schulz, 22, Studentin der Politikwissenschaft in Potsdam.

Christin Schulz:

Frau Bundeskanzlerin, nächste Woche fahren Sie nach Bratislava, anlässlich des Visegrad-Gipfels. Was genau verbirgt sich denn dahinter, Warum fahren Sie dorthin?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Ich bin von der Gruppe mittel- und osteuropäischer Staaten eingeladen, die sich immer wieder zu diesem Visegrad-Gipfel treffen und ihre gemeinsamen Interessen abstimmen. Ich habe mich darüber sehr gefreut. Ich komme ja selber auch aus der ehemaligen DDR – ich kenne die Deutsche Einheit und den Prozess. Und sie feiern das Jubiläum 20 Jahre Bestehen dieser Gruppe, und da werde ich gerne dabei sein.

Der Übergang von Diktatur zu Demokratie: Frau Merkel, können wir Parallelen ziehen zwischen den europäischen Bewegungen vor 20 Jahren und den aktuellen Entwicklungen in Ägypten, Tunesien und anderen Ländern?

Ich glaube: ja und nein. Es gibt die universellen Menschenrechte. Die sind in der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen auch niedergelegt. Dazu gehört Meinungsfreiheit, dazu gehört Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit. Und das nutzen die Menschen in Ägypten, in Tunesien genauso, wie wir das in den ehemaligen Diktaturen des Ostblocks genutzt haben. Dann kommen aber auch Unterschiede. Die Gesellschaften sind unterschiedlich – auch ganz unterschiedlich tradiert, geprägt – und deshalb müssen die Menschen in diesen Ländern auch selbst entscheiden, welchen Weg sie gehen. Aber dazu gehören natürlich all die Freiheiten, die ich genannt habe, und die sind unteilbar. Und daran müssen sich auch alle Regierungen in dieser Region gewöhnen.

Einem beliebten Mythos zufolge kennen die arktischen Völker ja bis zu 17 verschiedene Wörter für die Farbe Weiß. Was sagen Sie, Frau Merkel, sollten wir vielleicht auch mehrere Begriffe für Demokratie einführen, und – wenn ja – wie sähe der Demokratiebegriff für Ägypten aus?

Also, ich sage noch einmal: Es gilt letztlich, das, was unteilbar ist, das sind die Menschenrechte. Die haben eine Universalität und die haben etwas zu tun mit der Würde jedes einzelnen Menschen. Und da gibt es nichts zu teilen, da gibt es keine verschiedenen Facetten – Meinungsfreiheit ist Meinungsfreiheit und Rechtsstaat ist auch, dass jeder rechtliche Chancen bekommt. Dass das in der unterschiedlichen Ausprägung verschieden ist, dass das Wahlrecht verschieden aussehen kann, dass die Parteiengesetze unterschiedlich sind, das haben wir ja auch bei uns. Aber die Grundfreiheiten müssen gegeben sein. Und das fängt dabei an, dass die Würde jedes einzelnen Menschen unantastbar sein muss.

Das was Sie beschreiben, ist auch diese Rote Linie, die Sie auf der Münchner Sicherheitskonferenz angesprochen hatten. Aber, Frau Bundeskanzlerin, Deutschland unterhält ja nun Beziehungen zu sehr vielen Staaten, die eben genau diese – von Ihnen gerade auch beschriebene – Rote Linie nicht erfüllen, sie missachten. Ist das nicht sehr inkonsequent?

Sie haben ja dann die Möglichkeit zu sagen: Dort, wo meine Ideale nicht verwirklicht sind, da führe ich keine Gespräche. Das wäre eine Außenpolitik und eine Politik, die nicht zum Ziel führen würde. Wir müssen realistisch mit den Gegebenheiten umgehen, aber wir müssen die Defizite und unsere Überzeugungen immer wieder zur Sprache bringen. Und das geht nur, wenn wir im Dialog sind. Das heißt, der Dialog ist wichtig, er hat auch den Wandel der sozialistischen Staaten hin zur Demokratie

bedeutet – so wie wir es 1989 in Deutschland erlebt haben. Da gab es auch Gespräche. Aber man darf in diesen Gesprächen seine eigenen Prinzipien nicht verraten.

Zum Abschluss: Wir können festhalten, die Welt ist in Bewegung geraten. Frau Bundeskanzlerin, was denken Sie: Wie sieht die Welt aus, nachdem nun all diese – nun ja erst beginnenden – Entwicklungen in Nahost einmal vollendet sind?

Wir haben noch unglaublich viel zu tun. Aber diese Entwicklung zeigt: Die Menschen lassen sich den Mund nicht mehr verbieten. Die Menschen stehen auf – und das nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Teilen der Welt. Das ist eine sehr schöne Erfahrung. Gleichzeitig werden wir viele Probleme zu lösen haben. Das sind Länder, in denen die Hälfte der Menschen jünger ist als 25 Jahre, und da gibt es viele soziale, viele wirtschaftliche Probleme, und da wird sich die Zusammenarbeit – auch Europas – mit dieser Region sehr, sehr intensivieren. Aber, ich glaube wir haben eine Verantwortung dafür, weil es Frieden und auch Sicherheit für uns nur geben wird, wenn alle Menschen auf der Welt eine Chance auf gutes Leben haben.